

Deutsch-Französische Gesellschaft Association-Franco-Allemande Ludwigshafen am Rhein und Mannheim e.V.

Satzung
in der Fassung vom 26. November 1993

- Artikel 1

Deutsche und Franzosen haben in Ludwigshafen/Rhein und in Mannheim einen Deutsch-Französischen Verein gegründet, der den Namen "Deutsch-Französische Gesellschaft Ludwigshafen/Rhein und Mannheim" trägt.

Sitz des Vereins ist Ludwigshafen am Rhein.

Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen und führt den Zusatz e.V. im Namen.

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines jeden Jahres.

- Artikel 2

Aufgabe des Vereins ist die Förderung und Pflege der deutsch-französischen Beziehungen auf menschlichem, kulturellem, wissenschaftlichem, erzieherischem, sportlichem und sozialem Gebiet. Der Verein verfolgt mit diesen Aufgaben ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24.12.1953.

Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Mitglieder des Vereins erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder bei Aufhebung des Vereins weder die eingezahlten Beiträge zurück, noch haben sie irgendeinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.

Jedes Vereinsmitglied hat einen Anspruch auf Ersatz seiner Aufwendungen, die ihm durch seine Tätigkeit durch den Verein entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Mehraufwendungen für Verpflegung, Porto, Telefon. Der Anspruch kann nur innerhalb der Frist von einem Jahr geltend gemacht werden. Soweit steuerliche Pausch- oder Höchstbeträge bestehen, ist der Ersatz auf die Höhe dieser Beträge begrenzt. Vom Vorstand können durch Vorstandsbeschluß Pauschalen festgelegt werden.

Alle Inhaber von Vereinsämtern sind ehrenamtlich tätig. Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ist nur in den Grenzen des § 7 der Gemeinnützigkeitsverordnung und eventuell künftig an dessen Stelle tretenden steuerlichen Vorschriften zulässig.

- Artikel 3

Aktives Mitglied des Vereins kann jeder werden, der im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte seines Landes ist.

Förderndes Mitglied können Firmen, Vereinigungen oder Organisationen werden, die ihren Sitz in Deutschland oder in Frankreich haben und bereit sind, den Verein durch Zuwendungen, Beitragszahlungen oder sonstige Leistungen in der Verwirklichung seiner Aufgaben zu unterstützen. Die fördernden Mitglieder haben das Recht, einen Bevollmächtigten mit Stimmrecht in die Mitgliederversammlungen zu entsenden.

Der Beitritt zum Verein erfolgt durch schriftlichen Aufnahmeantrag. Das neu aufgenommene Mitglied erhält eine Bestätigung durch den Präsidenten über die erfolgte Aufnahme. Der Präsident kann diese Entscheidung aufschieben und dem Vorstand zur Beschlußfassung vorlegen.

- Artikel 4

Die Mitgliedschaft endet

- a) durch den Tod eines Mitgliedes
- b) durch freiwilligen Austritt
- c) durch Streichung von der Mitgliederliste
- d) durch Ausschluß vom Verein.

Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Er kann jederzeit erfolgen, berührt aber die Verpflichtung zur Beitragszahlung für das laufende Kalenderjahr nicht.

Ein Mitglied kann durch Beschluß des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrags im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung des zweiten Mahnschreibens drei Monate verstrichen sind. Die erfolgte Streichung ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.

Ein Mitglied, das gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat, kann durch Beschluß des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlußfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer einmonatigen Frist Gelegenheit zur persönlichen oder schriftlichen Rechtfertigung gegenüber dem Vorstand zu geben. Der Beschluß über den Ausschluß ist mit Gründen versehen und dem Mitglied durch eingeschriebenen Brief bekanntzugeben. Gegen den Ausschließungsbeschluß des Vorstandes steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung muß innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses beim Vorstand eingelegt werden. Die Entscheidung über die Berufung fällt die nächste Mitgliederversammlung mit Stimmenmehrheit.

- Artikel 5

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben, deren Höhe von der Mitgliederversammlung mit Stimmenmehrheit beschlossen wird. Fördernde Mitglieder haben einen Jahresbeitrag von mindestens der Höhe des Beitrages zu zahlen, der für aktive Mitglieder festgesetzt ist.

- Artikel 6

Organe des Vereins sind

- a) der Vorstand
- b) die Mitgliederversammlung.

- Artikel 7

Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Präsidenten, zwei stellvertretenden Präsidenten, dem Schatzmeister und dem Schriftführer.

Eines der Mitglieder des Präsidiums soll seinen Wohnsitz in Mannheim und eines seinen Wohnsitz in Ludwigshafen haben. Als einer der stellvertretenden Präsidenten soll ein Franzose gewählt werden.

Der Vorstand wird von der Mitgliedsversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Die Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand bleibt nach Ablauf der Amtszeit bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt.

Der Verein wird jeweils durch zwei Mitglieder des Vorstands vertreten, darunter dem Präsidenten oder einem der zwei stellvertretenden Präsidenten.

- Artikel 8

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat vor allem folgende Aufgaben:

- a) Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung
- b) Einberufung der Mitgliederversammlung
- c) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
- d) Buchführung und Erstellung des Jahresberichts
- e) Beschlußfassung über Streichung und Ausschluß von Mitgliedern
- f) Beschlußfassung über die Aufnahme neuer Mitglieder gemäß den Bestimmungen von Artikel 3, letzter Absatz.

Der Vorstand faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit.

Der Präsident lädt mit einer Einberufungsfrist von acht Tagen die Vorstandsmitglieder zu allgemeinen Vorstandssitzungen ein.

Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder anwesend sind. Die Vorstandssitzung leitet der Präsident oder bei seiner Verhinderung einer der Vizepräsidenten. Die Beschlüsse des Vorstands sind zu protokollieren und vom Sitzungsleiter zu unterschreiben.

Ein Vorstandsbeschluß kann auf schriftlichem Wege gefaßt werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären.

Der Vorstand kann zu seiner Unterstützung Vereinsmitglieder berufen, die ihm bei der Entfaltung von Aktivitäten zur Seite stehen und bereit sind, Einzelaufgaben selbst zu übernehmen.

- Artikel 9

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Ein Mitglied, das an der Versammlung nicht teilnehmen kann, kann schriftlich die Stimme auf ein anderes Mitglied übertragen. Ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als drei fremde Stimmen vertreten. Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

- a) Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands, Entlastung des Vorstands,
- b) Festsetzung der Höhe und der Fälligkeit des Jahresbeitrags,
- c) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands,
- d) Änderung der Satzung und Beschluß über die Auflösung des Vereins,
- e) Beschlußfassung über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluß des Vorstands,
- f) Ernennung von Ehrenmitgliedern,
- g) Mitwirkung bei der Planung des Veranstaltungsprogramms der Deutsch-Französischen Gesellschaft Ludwigshafen / Rhein und Mannheim.

- Artikel 10

Die Mitgliederversammlung wird durch den Vorstand mindestens einmal im Jahr schriftlich mit einer Frist von 14 Tagen einberufen. Der Einberufung ist die Tagesordnung beizufügen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag.

- Artikel 11

Die Mitgliederversammlung wird vom Präsidenten, bei dessen Verhinderung von einem seiner Stellvertreter oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Bei Wahlen ist die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlgangs einem Wahlausschuß zu übertragen, der von den Mitgliedern mit Stimmenmehrheit gewählt wird.

Die Mitgliederversammlung faßt Beschlüsse im allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen bleiben außer Betracht. Zur Satzungsänderung sowie zur Auflösung des Vereins ist eine qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind im Versammlungsprotokoll festzuhalten. Das Versammlungsprotokoll wird vom Schriftführer und vom Präsidenten unterzeichnet.

Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor Beginn der Mitgliederversammlung schriftliche Anträge zur Tagesordnung beim Vorstand einreichen. Diese Tagungspunkte sind bei Eröffnung der Versammlung den übrigen Mitgliedern mitzuteilen.

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn die Einberufung von einem Drittel aller Vereinsmitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe gefordert wird.

- Artikel 12

Die Auflösung des Vereins kann nur durch die Mitgliederversammlung beschlossen werden. Das Vereinsvermögen ist nach Tilgung aller Verpflichtungen an das Deutsch-Französische Jugendwerk, Bad Honnef, zu überweisen.

Die vorstehende Satzung wurde in der Mitgliederversammlung am 14. November 1980 verabschiedet und am 26. November 1993 durch die Mitgliederversammlung ergänzt.